4.3.1.4 Soziale Sicherung

Trotz der anhaltenden positiven wirtschaftlichen Entwicklung sind im Sozial- und Jugendhilfebereich weiterhin steigende Aufwendungen zu verzeichnen. Der Zuschussbedarf (Nettoresourcenverbrauch einschließlich der Umlagen im Teilhaushalt 6 für diese Bereiche wird im Haushaltsjahr 2020 um 7,13 Mio. € auf 107,07 Mio. € steigen.

Bei der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung, der Hilfe zur Pflege, der Eingliederungshilfe, der Grundsicherung für Arbeitssuchende sowie den Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz wurde die Fallzahlenentwicklung des laufenden Jahres analysiert und - teilweise modifiziert - den Berechnungen für 2020 zu Grunde gelegt. Die der Veranschlagung zugrundeliegenden Berechnungen im Bereich der Schlüsselpositionen erläutern wir wie folgt:

1. Hilfe zur Pflege (Produkt 311001)

Die Neuregelungen der Pflegestärkungsgesetze haben in den Jahren 2017 und 2018 zu höheren Pflegeversicherungsleistungen und damit zu einer vorübergehenden Entlastung der Sozialhilfeträger gesorgt. Zwischenzeitlich steigen die Aufwendungen allerdings wieder an. Dazu tragen insbesondere die folgenden Faktoren bei:

- eine vergleichsweise niedrigere Einstufung in die Pflegegrade durch die medizinischen Dienste der Krankenkassen bei Neuanträgen als bei den nach dem Pflegestärkungsgesetz pauschal übergeleiteten Bestandsfällen,
- ein Anstieg des Investitionskostensatzes bei neuen oder sanierten Einrichtungen um etwa 34 % (kostensteigernd wirken die Anforderungen an Brandschutz, Bestimmungen der Landesheimbauverordnung und die Baukostenentwicklung als solche),
- eine Verbesserung der Pflegeschlüssel in den Einrichtungen,
- Tarif- und Lohnkostenerhöhungen, insbesondere um den Fachkräftemangel auszugleichen. Diese Lohnkostenerhöhungen wirken sich auf die Pflegesätze aus.
- Sachkostensteigerungen

In 2020 bleibt der Ansatz der Transferaufwendungen nahezu beim Vorjahreswert. Der Nettohilfesaufwand sinkt um rund 153.000 € auf 8,90 Mio. €.

2. Eingliederungshilfe für behinderte Menschen (Produkt 3210)

Zum 01.01.2020 tritt die dritte und größte Reformstufe des Bundesteilhabegesetzes, die Trennung der Fachleistungen von den existenzsichernden Leistungen in Kraft. Dabei wird die Eingliederungshilfe mit Wirkung vom 01. Januar 2020 aus dem Sozialgesetzbuch XII - Sozialhilfe - herausgelöst und in das neue Rehabilitations- und Teilhaberecht im SGB IX überführt. Ab diesem Zeitpunkt erfolgt auch eine Trennung der Teilhabeleistungen von den existenzsichernden Leistungen, die Sicherung des Lebensunterhaltes verbleibt weiterhin in der Sozialhilfe.

In der inhaltlichen Umsetzung der dritten Phase des BTHGs zum 01.01.2020 muss ein neuer Leistungskatalog durch einen neuen Rahmenvertrag geschaffen werden. Da aufgrund der Komplexität des Gesetzes derzeit noch kein Rahmenvertrag vorliegt, wurde in Baden-Württemberg für eine Übergangsfrist von 2 Jahren eine Übergangsregelung vereinbart, um eine vereinfachte Umstellung vom jetzigen zum künftigen Leistungs- und Vergütungsrecht hinzubekommen.

Durch die Gesetzesänderungen wird es verstärkt zu Leistungsausweitungen und damit zu zusätzlichen Aufwendungen auf kommunaler Seite kommen. Mit der Überführung der Eingliederungshilfe aus dem SGB XII in das SGB IX zum 01. Januar 2020 und der dann geltenden neuen Zuständigkeitsbestimmung entsteht grundsätzlich eine Ausgleichspflicht des Landes für Mehraufwendungen infolge der in Teil 2 SGB IX neu geregelten Leistungsverbesserungen im Eingliederungshilferecht. Die schon feststehenden Mehraufwendungen von rund 1,6 Mio. € sowie die zu erwartenden Ausgleichsleistungen des Landes von knapp 800.000 € sind in den Haushalt eingearbeitet. Zum jetzigen Zeitpunkt können die vollen Auswirkungen jedoch noch nicht abschließend beurteilt werden, weil weder der Rahmenvertrag bislang rechtskräftig abgeschlossen ist, noch eine rechtlich bindende Zusage des Landes über die Höhe des Ausgleiches vorliegt.

Wie eingangs erwähnt erwartet die kommunale Seite aufgrund des Konnexitätsprinzips hier aber eine volle Kostenübernahme des Landes.

Für die Eingliederungshilfe als größtem Kostenblock innerhalb der sozialen Sicherung haben wir im Haushalt 2020 einen Nettoaufwand von 36,48 Mio. € ausgewiesen. Gegenüber 2019 nimmt der Mittelbedarf damit um 3,79 Mio. € zu. Bei den ambulanten Hilfen gehen die Prognosen von Fallzahlensteigerungen von bis zu 6 % und Kostenerhöhungen von 3,5 % aus. Im Bereich der stationären Hilfen werden ebenfalls steigende Vergütungssätze von 3,5 % erwartet. Erfreulicherweise nehmen die Fallzahlen bei den vollstationären Hilfen leicht ab. Allerdings ergeben sich daraus keine kostendämpfenden Wirkungen, denn die Fallkonstellationen gestalten sich zunehmend komplexer und damit auch teurer.

3. Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung (Produkt 311008)

Bei der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung wird ein Nettoaufwand von 13,82 Mio. € veranschlagt, den der Bund seit 2014 vollständig erstattet. Der Landkreis nimmt diese Aufgabe im Rahmen der Bundesauftragsverwaltung wahr. Die Sach- und Personalkosten trägt der Landkreis. Aufgrund steigender Altersarmut sind die Fallzahlen und damit auch der Personalbedarf der Verwaltung in den letzten Jahren kontinuierlich gestiegen.

4. Grundsicherung für Arbeitssuchende nach SGB II (Produktgruppe 3120)

Im Bereich der Grundsicherung für Arbeitssuchende hat die Zahl der Bedarfsgemeinschaften (BG) zuletzt spürbar abgenommen, zur Jahresmitte lag der Durchschnitt bei 3.528 BGs (der Vergleichswert aus 2018 lag noch bei 3.776 BGs). Für 2020 prognostiziert das Jobcenter einen moderaten Anstieg um 2,3 % auf durchschnittlich 3.613 Gemeinschaften. Den Ansätzen selbst liegt eine für das laufende Jahr angestellte Hochrechnung zugrunde. So erwarten wir bei den Kosten der Unterkunft in 2019 einen Aufwand von 15,4 Mio. €, der sich in 2020 aufgrund des zu erwartenden Fallzahlenanstiegs, höherer Regelsätze sowie gestiegener Miet- und Energiekosten auf 16,5 Mio. € erhöht.

Wie oben beschrieben übernimmt der Bund 51,1 % dieser Kosten über die KdU. Der Erstattungsbetrag liegt 2020 bei 8,43 Mio. €. Insgesamt betrachtet nimmt die Nettobelastung des Landkreises gegenüber 2019 um rund 970.000 € ab und bewegt sich damit noch bei 9,59 Mio. €.

Im Bereich der Bildung und Teilhabe (BUT) wird der Haushaltsansatz von 650.000 € auf 709.000 € erhöht. Die Erhöhung ist auf die Gesetzesänderung der BUT-Leistungen im Starke-Familien-Gesetz zurückzuführen. Dieses beinhaltet folgende Neuregelungen:

- BUT-Leistungen werden mit dem Grundantrag automatisch dem Grunde nach mit beantragt
- Schulbedarf jährlich 150 € statt bisher 100 €
- Wegfall der Eigenanteile bei Mittagessen (bisher 1 € pro Mittagessen) und Schülerbeförderung (bisher 5 € pro Monat)

- Erhöhung der monatlichen Beiträge für soziale und kulturelle Teilhabe von 10 € auf 15 €

5. Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz

Im Schwarzwald-Baar-Kreis werden ab dem Jahr 2020 wieder Flüchtlingszugänge durch Zuweisungen durch das Land Baden-Württemberg zu verzeichnen sein. Der Landkreis war bislang entlastet, weil sich Landeserstaufnahmeeinrichtungen hier befunden hatten. Die letzte bedarfsorientierte Erstaufnahmeeinrichtung in Donaueschingen wird Ende 2019 stillgelegt. Dadurch stellen die Unterbringung und vor allem die Integration der Asylbewerber und Zuwanderer den Landkreis auch in 2020 wieder vor große Herausforderungen.

Es ist von einer monatlichen Zuweisung von 20 Flüchtlingen auszugehen. Im Hilfebezug, bei der Bereuung und der Unterbringung sowie bei den Integrationsmaßnahmen zieht dies einen Ausgabebedarf von 5,69 Mio. € nach sich (Vorjahr 4,89 Mio. €). Mit einem Zeitverzug von 6 Monaten erhalten wir vom Land dafür eine abschlägige Pauschale, die sich in 2020 nach derzeitigem Stand auf 14.830 € je zugewiesenem Asylbewerber belaufen wird (Vorjahr 14.610 €). Dem Landkreis fließen Erträge in Höhe von 939.000 € zu. Die übrigen Pauschalmittel, die im Wesentlichen zur Finanzierung der in 2021 entstehenden Aufwendungen gedacht sind, werden erst im Folgejahr ausgewiesen.

Im Rahmen einer nachgelagerten Spitzabrechnung konnten die Aufwendungen, die in den Jahren 2018 nicht durch die Pauschalmittel abgedeckt wurden, gegenüber dem Land geltend gemacht werden. Auch für das Jahr 2019 soll an dieser Vorgehensweise festgehalten werden. Ob die Spitzabrechnung auch in 2020 möglich sein wird, ist allerdings noch offen.

Nach der Entscheidung über den Asylantrag sind seit Ende 2015 zahlreiche Personen in die Anschlussunterbringung gewechselt und beziehen als anerkannte Flüchtlinge seitdem entweder Leistungen nach dem SBG II oder, im Falle einer Ablehnung bzw. Duldung, weiterhin Leistungen nach dem AsylbLG. Ab 2018 hat sich das Land erstmals an den Kosten für die Geduldeten beteiligt. Auf den Schwarzwald-Baar-Kreis entfielen in den Jahren 2018 und 2019 jeweils ein Erstattungsbetrag von rund 1,2 Mio. €. Für das Jahr 2020 steht diese Entscheidung noch aus. Im Haushaltsplan wurde mit einer Erstattung von 830.000 € geplant. Der Ausgleich dieser Kosten ist wie eingangs erwähnt, die zweite zentrale Forderung aus der gemeinsamen Finanzkommission.

6. Jugendhilfe

In der Jugendhilfe haben wir Kostensteigerungen aufgrund höherer Vergütungssätze der Einrichtungen von 3 % bei den ambulanten Hilfen und 5 % bei den stationären Hilfen einkalkulieren müssen. Vor allem bei den Sozialpädagogischen Familienhilfen, Tagesgruppen, Vollzeitpflegen, Heimerziehung, vollstationäre Eingliederungshilfen und der Schulbegleitung haben wir aufgrund des Fallzahlenanstieges deutliche Kostenanstiege zu beobachten. Im Bereich der vollstationären Eingliederungshilfe rechnen wir beispielsweise mit einer Ansatzsteigerung von 810.000 € gegenüber dem Jahr 2019. Insgesamt betrachtet erhöht sich der Nettoaufwand bei den vom Kreisjugendamt bewirtschafteten Ansätzen um rund 2,51 Mio. € auf 13,84 Mio. €.

Für das Stadtgebiet Villingen-Schwenningen wurden die vom städtischen Jugendamt gemeldeten Ansätze übernommen. Der Nettoaufwand liegt bei 11,95 Mio. €. Der damit zu beobachtende Anstieg von 1,67 Mio. € ergibt sich im Wesentlichen durch die Umstellung der Leistungs- und Entgeltvereinbarungen auf den neuen Rahmenvertrag nach § 78 f SGB VIII. Darüber hinaus nehmen die Aufwendungen für die Tagesgruppen deutlich zu.

Zusammenfassung

In Bezug auf die Fallzahlenentwicklung wurden für den Haushalt 2020 realistisch kalkulierte Werte zugrunde gelegt, die jedoch bei einer Veränderung von gesetzlichen Rahmenbedingungen oder gesellschaftlichen Entwicklungen deutlichen Schwankungen unterliegen können und somit auch Haushaltsrisiken darstellen.

Aus nachfolgender Tabelle ist der Brutto- und Nettoaufwand in der sozialen Sicherung für 2020 ersichtlich.

Produkt	Bezeichnung	Erträge	Aufwand	Saldo
311000	Grundversorgung und Hilfen nach SGB XII Verwaltungskosten	72.900	2.762.600	-2.689.700
311001	Hilfe zur Pflege	512.000	9.410.600	-8.898.600
311003	Hilfen zur Gesundheit	0	695.200	-695.200
311004	Hilfen für blinde Menschen	1.000	825.000	-824.000
311005	Hilfe zum Lebensunterhalt	2.209.000	3.277.200	-1.068.200
311006	Sonstige Leistungen zur Sicherung der Lebensgrundlage nach SGB XII	45.000	422.100	-377.100
311007	Hilfen zur Überwindung besonderer sozialer Schwierigkeiten	135.000	410.000	-275.000
311008	Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung	13.825.000	13.825.000	0
3210	Eingliederungshilfe für behinderte Menschen	3.184.000	39.671.000	-36.487.000
Zwischensumme		19.983.900	71.298.700	-51.314.800
3120	Grundsicherung für Arbeitssuchende	11.750.800	21.340.350	-9.589.550
3130	Hilfen für Flüchtlinge	1.948.800	3.899.500	-1.950.700
3140	Soziale Einrichtungen	632.000	2.343.700	-1.711.700
3150	Leistungen nach dem Bundesversorgungsgesetz	0	33.500	-33.500
3160	Sonstige Förderung von Trägern der Wohlfahrtspflege	0	570.200	-570.200
3170	Betreuungsleistungen	4000	374.000	-370.000
3180	Sonstige soziale Hilfen und Leistungen	969.100	2.467.300	-1.498.200
3190	Leistungen für Bildung und Teilhabe	0	364.400	-364.400
3620	Allgemeine Förderung junger Menschen	5.000	208.400	-203.400
3630	Hilfen für junge Menschen und ihre Familien	7.201.400	37.181.100	-29.979.700
3650	Tageseinrichtungen für Kinder und Kindertagespflege	2.173.500	6.084.450	-3.910.950
3680	Kooperation und Vernetzung	50.000	348.200	-298.200
3690	Unterhaltsvorschussleistungen	2.035.000	3.077.150	-1.042.150
3710	Schwerbehindertenrecht	4.500	1.267.900	-1.263.400
3720	Soziales Entschädigungsrecht	0	135.200	-135.200
6110	Steuern, allg. Zuweisungen, allg. Umlagen	0	2.832.000	-2.832.000
Gesamt		46.758.000	153.826.050	-107.068.050

Obwohl das Kreisumlageaufkommen im Haushaltsjahr 2020 um 6,12 Mio. € steigt, reicht dieses wieder nicht aus, um den Nettoaufwand für die Soziale Sicherung abzudecken. Gegenüber dem Vorjahr steigt die Differenz zwischen der Kreisumlage und dem Nettoaufwand für die Soziale Sicherung um 1,0 Mio. € auf 10,8 Mio. €.

Der Schwarzwald-Baar-Kreis wies im Jahr 2019 mit 426 €/Einwohner im Vergleich zu den anderen Landkreisen in Baden-Württemberg (445 €/EW) ein unter dem Durchschnitt liegendes Kreisumlageaufkommen auf. Demgegenüber lag der Soziale Zuschussbedarf mit 477 €/EW deutlich über dem Landesdurchschnitt (432 €/EW).